Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. Bezugspreis: Jährlich 50 M., halbjährl. 25 M., vierteljähr. 12.50 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 50 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag bis Freitag 11—12 Uhr vormittags.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.— Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen 1.— Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 67 — München, Sonntag, den 25. Heuert (Juli) 1920 — 34. Jahrgang

F.M.J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Rettet die Ernte!

Und der Wucher blüht noch immer!

Tag für Tag laufen hunderte von eigenhändigen Unterscheiften aus allen Kreisen der Bevölkerung ein zur Herbeiführung eines Volksentscheids für das Gesetz zur Befreiung Deutschlands von Wucher- und Schiebertum. Tagtäglich aber bekommen wir auch Kenntnis davon, wie das verbrecherische, volksverderbliche Pack der jüdischen und christlichen Gaumer lustig drauflos wuchert und schiebt, das Volk ausbeutet bis zum letzten Knopf. Ihr deutschen Volksgenossen wißt alle, welch ein reicher Gottessegen auf allen Fluren in diesem Jahre gewachsen ist, ihr freut euch an den schwerbeladenen Erntewagen, die die kostbare Frucht in die Scheunen führen; aber ihr müßt auch wissen, daß große Teile unserer Ernte schon auf dem Halme aufgekauft sind von den blutsaugerischen Lumpen, die alles wieder verschieben oder die Preise hochhalten wollen.

Wie lange wollt ihr diesem Treiben tatenlos zusehen? Was nützt euch das Schimpfen und Jammern? Es ist im Staate zurzeit keine Macht, die euch helfen wollte oder könnte, ihr selbst müßt es sein, die hier Hilfe schaffen! Und ihr könnt es. Dessen müßt ihr euch bewußt sein, daß ihr einen Willen habt, der unüberwindlich ist, wenn ihr ihn zu gebrauchen versteht. Und ihr müßt ihn gebrauchen, wenn anders ihr selbst, deutsche Volksgenossen, der Herr bleiben wollt über euer Land und seinen Ertrag, wenn ihr nicht restlos wollt versklavt werden in unwürdigster Weise. Wir haben euch monatelang vor Augen geführt unablässig treu und pflichtgemäß, was an Gefahren euch umlauert, welche Vampire euch betrügen und aussaugen, nun kennt ihr euren Feind. Nun laßt es genug sein der Worte, jetzt oder nie ist die Stunde da, wo die befreiende Tat folgen muß und sie muß rasch und sicher folgen!

Wir haben euch das Mittel an die Hand gegeben. Es ist deutsch, wie nur irgendeines, aus deutschem Geist und Herzen geschöpft, für uns Deutsche. Ihr sollt nicht auf die Straße gehen und lärmende Umzüge halten, die zu nichts anderem führen, als daß die jüdischen Treiber sich dazwischen drängen, bis schändliches Bruderblutvergießen euch doch ins Unrecht setzt. Spart euch Appelle an die Regierung, sie nützen euch nichts. Ihr habt eine verfassungsmäßige Macht, die niemand bezwingen kann, eine Macht, vor der die verbrecherischen Feinde eures Wohles zittern, die sie fürchten. Ich fordere euch auf: Gebrauche eure Macht zum Wohle deutschen Landes. Glaubt es doch endlich, daß ihr selbst euch helfen könnt, ihr ganz allein!

Seid nicht so schwerfällig!
Vertraut Euch selbst!

Dies aber ist der Weg und die Macht: Sammelt eigenhändige Unterschriften aller wahlberechtigten Frauen und Männer, setzt dazu Listen in Umlauf, schickt uns diese Listen ein, daß wir sie zusammenstellen können. Laßt euch die paar Federstriche nicht so abbetteln, die euch die Rettung allein noch bringen können aus den furchtbaren Klauen landfremder jüdischer und verkommener christlicher Blutsauger. Damit die Listen genau der Vorschrift der Verfassung für einen Volksentscheid entsprechen, sollt ihr sie folgendermaßen anlegen, da es uns dank der jüdischen Papierabdrehungs- und Verteuerungskünste an Werbematerial fehlt.

Die Unterzeichneten verlangen von Regierung und Volksvertretung, daß schleunigst ein Gesetz geschaffen werde, wonach jeder Fall von Wucher und Schiebertum mit dem Tode bestraft wird. Richter und Beisitzer, Anwälte und Beamte der hierzu eingesetzten Gerichte dürfen keine Juden sein.

Nr.	Vor- u. Zuname	Stand	Wohnort	Wohnung	Geburtstag	Tag der Unterschrift

Wenn ihr den Mut nicht habt für eure Selbsterhaltung euch auch selber einzusetzen, wenn ihr das bedenkenschwangere Zaudern nicht abtut, das im Grunde nichts ist als die Feigheit vor dem eigenen Willen zur Tat, ja dann ist euch auch nicht zu helfen. Was zögert ihr von eurem Willen, in gesetzmäßiger Form wie hier, Gebrauch zu machen? Die kalten Wucherer gehen über eure Leichen, sie sehen unbarmherzig zu, wie eure Kinder und Kranken und Alten qualvoll verhungern. Vor unseren toten Helden müssen wir uns schämen, wenn wir, die wir eine Waffe besitzen, sie nicht gebrauchen wollen, die Waffe ist euer:

„Ich will!“

Wir brauchen für Bayern zunächst rund 200 000 solche eiserne: Ich will! Es darf keinen Leser des „Beobachters“ geben, dem es nicht als heilige Pflicht im Herzen und im Hirne brennt, dafür zu sorgen, daß diese Zahl zusammenkommt. In einem einzigen Monat kann und muß sie aufgebracht sein. Laßt es euch gesagt sein: es ist die höchste Eile not!

Die völkischen Verbände aber haben hier Gelegenheit, an der ersten völkischen Tat mitzuwirken, das muß von ihnen erwartet werden. Sie müssen es dahin bringen, daß aus ihren Versammlungen kein Hörer eher herausgeht, der seinen Namen nicht in die aufgelegte und genau geführte Liste für den Volksentscheid eingetragen hat, natürlich nur alle Wahlberechtigten. Ja die Bünde haben die Pflicht, das Gesetz zur Befreiung Deutschlands von Wucher und Schiebertum verwirklichen zu helfen. Kein Bedenken irgendwelcher Art besteht zu Recht. Es kommt alles darauf an, uns Deutschen selbst zu beweisen, daß wir uns helfen können, das deutsche Volk sich selbst ganz allein durch sein unbeugsames:

„Ich will!“

Diesen Beweis gilt es zu erbringen zunächst für die Sicherstellung unserer Ernährung und unseres Arbeitsertrages. Dann werdet ihr erst sehen und deutlich und — voll stolzer Freude fühlen, daß ihr durch euer deutsches „Ich will!“ die erste Bresche geschlagen habt in die Mauer, innerhalb der ihr dem Elend verfallen bleiben solltet. Das ist der erste Schritt zur Befreiung Deutschlands! Laßt euch nicht stören durch Gefühls- und Humanitätsdusler, entmannte Deutsche, die ihren Namen schon längst zu Unrecht tragen. Ihr seid im Recht, ihr steht ein für deutsches Recht, das wieder Geltung haben muß in unseren Landen. Wartet nicht auf Hilfe von irgendeiner Seite, es gibt keine für uns, ihr seht ja selbst aus der ganzen Politik des Judentums und unserer Feinde, daß unser Untergang, unsere Versklavung beschlossene Tatsache ist. Volk, hilf dir selbst! Du kannst es und du mußt es, willst du nicht rettungslos zugrunde gehen. Weg mit der Feigheit, weg mit der vagen Hoffnung, daß Appelle an irgend eine Regierung auch nur eine andere Beachtung fänden als: „Eine Kommission ist zusammengetreten und erwägt usw.“. Kennt ihr diese Leier noch nicht zur Genüge?

Noch eins: Reißt hier auch in euren Seelen die enggezogenen Schranken parteipolitischer Gebundenheit nieder, dies ist keine Parteisache; was hier geschaffen werden soll, ist Volkssache, ist eure Sache. Die Parteiführer aber, die das nicht einsehen wollen oder können, die dagegen arbeiten wollen, die nenne ich unfähig, wenn sie nicht eine schlimmere Bezeichnung verdienen.

Nur so kann es gelingen, die erste praktische Verwirklichung unserer völkischen Ziele, die erste Tat auszuführen. Dann ist auch der Weg zum nächsten Schritte freigeworden, der dann dem ersten rascher folgen wird.

Was Ungarn konnte, wir Deutsche müssen es auch können und werden es!

Hoj.

Aus dem Inhalt.

Die ostjüdische Gefahr.
Die einfache Lösung der nationalen Lebensfrage.
Die Seele der Gaunerei.
Volk und Staat.
Deutsche Arbeit von Grund aus auch im Recht.
Wirtschaftssorgen.
Merk's.
Die Bodenreform im jüdischen Schlepptau.

Aus der Zeit.

Auf Veranlassung des Oberrats der Israeliten in Karlsruhe wurde dem energischen deutschvölkischen Vorkämpfer Privatdozent Dr. Ruge in Heidelberg die venia legendi (Erlaubnis der Abhaltung von Vorlesungen) entzogen wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Kein Fall zeigt deutlicher, wie weit wir schon gekommen sind. Die Juden knebeln die deutsche Hochschule, indem sie alle ihnen nicht genehmen deutschen Elemente von ihr beseitigen. Wie lange wollen wir diese Bevormundung noch dulden?

•

Das Kabinett Giolitti gerät ins Wanken. Das „Berliner Tageblatt“, das es ja wissen muß, schreibt, es hätte sich eine gewaltige Koalition von Bank- und Industrieinteressenten zum Sturze Giolittis gebildet. Giolitti steht scharf auf Durchführung der Vermögensabgabe zur Beschneidung der Kriegsgewinne. Und die Folge? „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

•

Die österreichischen Boykottierer sind am Ende ihrer Wissenschaft. Das Wiener Boykottkomitee durchbrach den Boykott, indem es ungarische Obstsendungen für Deutschland (114 Waggons im Werte von 8 Millionen Kronen) nach Wien leitete und dort ausladen ließ. Das bedeutet für die roten Herrschaften nichts mehr und nichts weniger als den endgültigen Zusammenbruch des Racheakts.

•

Der deutsche Minister des Auswärtigen Dr. Simons erklärte, er könne nur zufrieden sein mit dem Geist der Versöhnlichkeit, der sich in der Konferenz von Spaa geltend gemacht habe. — Poincaré dachte im „Matin“ anders; er schreibt: Vielleicht hätten die Deutschen nun verstanden, daß die Sprache, deren man sich bedienen müsse, um mit Deutschland zu reden, die Sprache der Festigkeit und Gewalt sei. Trotzdem, Herr Simons ist zufrieden, man hat uns wenigstens „leben“ lassen. Und solche Leute leiten Deutschlands Geschicke!

•

Als unmittelbare Folge der Konferenz von Spaa soll das Wiederaufbauministerium wieder besetzt werden. In Aussicht genommen für diesen Posten ist natürlich bereits ein „Daitscher“, nämlich Herr Kommerzienrat Guggenheimer in Nürnberg.

•

Die „Neue Zeitung“ ist über das Blockadeergebnis gegen Ungarn sehr enttäuscht. Sie nennt den Boykott „Spiegelfechterei und Bluff“ und kommt zu dem Schluß, daß es nicht möglich ist, von außen her das Proletariat (soll heißen die Juden) von der Herrschaft der reaktionär-militaristischen Klasse zu befreien.

•

Die sächsische Regierung verlangt von der Volkskammer 50 Millionen zur Linderung der Wohnungsnot. Der Betrag soll später durch eine zehnprozentige Mietsteuer aufgebracht werden. — Die ostjüdischen Schnorrer aber leben weiter herrlich und in Freuden auf unsere Kosten.

•

Die türkische Polizei entdeckte einen Anschlag gegen das Leben des Sultans. Die Verschwörer waren Mitglieder des „Komitees für Einheit und Fortschritt“. Also überall dieselben schmutzigen Händel

•

„Gefährliche Spielereien höherer Schüler“, so betitelt das „Berliner Tageblatt“ das Unterfangen von Schülern, im Ostseebad Kranz, eine Strandburg mit schwarz weiß roten Fahnen mit einem Hindenburg-Bild errichtet und patriotische Lieder gesungen zu haben. 2 Schüler wurden festgenommen. — Man sieht, wie weit wir es in unserem „freien“ Deutschen Reich gebracht haben.

•

Aus Petersburg wird berichtet, Lenin habe in einer Rede in Moskau erklärt, der Vormarsch der Bolschewisten sei nicht mehr aufzuhalten. Er werde eine neue weltgeschichtliche Periode einleiten, denn der Bolschewismus werde sich nun über ganz Mittel- und Westeuropa ausbreiten. — Herr Ebert erläßt zu gleicher Zeit eine Kundgebung, in der erklärt wird, Deutschland wolle dem polnisch-russischen Konflikt gegenüber volle Neutralität bewahren. Ob Herr Trotzky auch will?

Die ostjüdische Gefahr.

Schon zu einer Zeit, da die Ostjudengefahr noch nicht so brennend war wie heute, schrieb der Jude Dr. Elias Jakob in der „Zukunft“ (vom 18. 6. 1904) von den osteuropäischen Judenmassen, die streng unter der Herrschaft des Talmuds leben, die nichts für das Land, in dem sie leben, empfinden, die ihre Wirtsvölker als unreine Geschöpfe verachten, die Sprache, Sitten und Gebräuche und alles, was diesen Völkern heilig ist, verabscheuen.“ Diese wenigen Worte sollten eigentlich jedem Deutschen genügen, um sich über die schweren Gefahren klar zu sein, die ihm von dieser Seite drohen; aber viele trösten sich darüber hinweg, daß die Zahl der Ostjuden doch nicht so groß sei, daß für unser Volk wirkliche Gefahren beständen. Andere kriechen auf die von den Juden ausgelegten Leimruten und appellieren an die Menschlichkeit und christliche Nächstenliebe.

Natürlich läßt sich bei der trostlosen gegenwärtigen Reichswirtschaft kein annähernd übersichtliches Bild von der Zahl der bei uns eingewanderten Ostjuden gewinnen, wohl aber wissen wir von ihrer Qualität bereits ein „hohes“ Lied zu singen. Denn das eine steht unbestreitbar fest, daß sie überall, wo sie auftauchten, sich recht unangenehm bemerkbar machten, denn der ganze deutsche Blätterwald fast aller Schattierungen hallte von Klagen und Stoßseufzern über die Plage wieder. Wenn dies dann wiederum von einer gewissen Seite als konfessionelle Intolleranz auszuschlachten versucht wurde, so ist man das ja gewohnt, aber man bedenke dabei nur das eine, daß es schon weit gekommen sein muß, wenn der gutmütige deutsche Michel sich des ihn belästigenden Geschmeißes zu erwehren beginnt, und diese Reaktion ist dann der beste Beweis dafür, daß dieses Ostjudengeschmeiß sich auf seine talmudische Kunst meisterlich versteht und somit die Sitten und Gebräuche und alles, was unserem Volke heilig ist, verabscheut. Schrieb da doch erst vor kurzem ein Jude im „Wiener Montag-Blatt“ über die ostjüdische Moral: „Ihre Moral ist eine andere, von unserer wesentlichen wesentlich verschieden, sie frägt nicht, woher die Existenzmöglichkeit kömmt, wenn sie nur da ist. Wuchern, Schleichhandeln, Übervorteilen, gelten da nicht als unerlaubt, das sind Geschäfte. — Und das Gift fraß weiter. Zog Nachahmer heran und bildete sie, ließ die Unverschämtesten reich werden, trieb vor allem die Preise maßlos hinauf. Daß heute die arischen Preistreiber den polnischen (soll heißen jüdischen) an Unverschämtheit nichts nachgeben, ist unleugbar, daß jene aber die Lehrmeister sind dieser neuesten Geschäftsjugend, das ist leider nicht zu bestreiten.“ Damit dürfte die „Qualität“ der ostjüdischen Gäste genügend gekennzeichnet sein, man kann somit ihr Verhalten mit nichts anderem bezeichnen, als mit Mißbrauch des Gastrechts, das ihnen der deutsche Michel willig eingeräumt hat.

Eigentlich kann man ja keinem Juden deshalb einen Vorwurf machen, denn diese seit Jahrtausenden mit der größten Selbstverständlichkeit geübte Praxis liegt im Rassencharakter, ist ein rein natürliches Gesetz des Nomodentums. Und darin liegt eben die große Gefahr einer ostjüdischen Überflutung, daß in unserem Volke noch mehr als bisher eine völlige Kopfstellung aller sittlichen Begriffe herbeigeführt wird, Schäden, die wohl nicht mehr gut zu machen wären. Machen nun aber die Mietsvölker von ihrem Notwehrrecht Gebrauch, dann durchtönt die ganze Welt ein Jammergeschrei über die „Pogrome“. Aber selbst der jüdische Sozialdemokrat Dr. Diamant, mußte auf Grund seiner Untersuchungen in Polen zugeben, daß an den Pogromen, wenn man überhaupt von solchen reden könne, die Juden selbst schuld seien, weil sie eben in materiellen Dingen höchst real dächten!

Was nun die Zahl der Ostjuden in Deutschland anlangt, so sprach am 7. Juli der Sozialdemokrat Heilmann im preußischen Landtag von 40 000 Ostjuden, die doch für unsere Ernährung nicht ins Gewicht fallen würden! Natürlich ist diese Zahl bei weitem zu nieder, denn Ende 1919 schon sah sich der Direktor des Berliner Wohnungsamts sogar im „Berliner Tageblatt“ zu folgendem Stoßseufzer veranlaßt: „Die Angelegenheit der polnischen und galizischen Einwanderung nach Berlin wird allmählich bedenklich. Augenblicklich werden täglich 40—50 Familien gemeldet. Wie viele sich unangemeldet aufhalten, ist einstweilen noch gar nicht festzustellen. Nach einigermaßen sicheren Schätzungen kann man die Zahl mit 50 000 annehmen. — Das Bedenkliche dieser Invasion liegt einmal in der Überschwemmung mit Elementen, die nicht gerade besonders wertvolle kulturelle Eigenschaften heranbilden konnten. Außerdem sind viele der Zugewanderten lungenkrank, leiden an Krätze und sonstigen ansteckenden Krankheiten und bilden dadurch Seuchenherde.“ Ferner stellt die Denkschrift des Reichsministers des Innern vom 31. Mai 1920 fest, daß die Einwanderung so stark ist, daß sie nur allmählich wieder abgebaut werden könne!! In derselben Denkschrift ist außerdem unumwunden zugegeben, daß die eingewanderten Ostjuden höchst zweifelhafte Elemente seien, und eine schwere Plage für unser Land bedeuteten. Sie bereiten den Behörden große Schwierigkeiten, da sie nach Bedarf Wohnung, Namen und Legitimationspapiere wechseln, zum ungesetzlichen Handel neigen (wie zart!) und die Mißstände in unserem Volke verschärfen. Sie erhöhten die Gefahr innerer Unruhen, verschärfen den Mangel an Wohnung und Nahrung! Das stellt der Reichsminister des Innern fest! Daß er noch immer nicht zur befreienden Tat schritt, wirft ein grelles Licht auf jene Strohpuppen, die sich Minister nennen. Hier kann es nur heißen: Volk, hilf dir selbst! Denn die, denen du dein Vertrauen schenktest, sind dessen unwürdig, weil sie es mißbrauchen.

Wer heute sich in politischen und sozialen Dingen nicht auskennt und sich orientieren will, was unserem Volke zum besten diene, der hat einen unbedingt sicheren Richtpunkt an der Haltung und der Stellungnahme der Juden. Was der Jude befürwortet und anstrebt, das hat uns letzten Endes noch immer geschadet, und umgekehrt wird uns alles von jüdischer Seite Geschmähte und Verlästerte zum Nutzen gereichen. Das ist für uns Deutsche die sicherste Richtschnur für unser Handeln, die uns die allein richtigen Wege weist. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir auch die Ostjudenfrage betrachten. Denn hier bemerken wir, daß von maßgebender jüdischer Seite (z. B. „Frankfurter Zeitung“) mit wenigen Ausnahmen alles getan wird, um die Einwanderung aus dem Osten zu fördern, daß ferner dem deutschen Michel das Blaue vom Himmel vorgelogen wird, damit er ja recht menschlich und gastfreundlich sei. Zu diesem Zweck hat sich auch der „Bund der Ostjuden“ gebildet, der bereits mit Aufklärungsflugblättern, „Hilfe für die ostjüdischen Flüchtlinge“, an die Öffentlichkeit tritt, in denen deren Not in den grellsten Farben geschildert wird, und dabei kommt es diesen Herrschaften als echte Talmudkünstler auf ein paar Lügen nicht an. „In der Ukraine haben siebzigtausend Juden ihr Leben eingebüßt; doppelt so groß ist die Zahl der Verwundeten und Verstümmelten“, heißt es hier. Ferner: „Tausende sind Judenpogromen in Polen zum Opfer gefallen.“ Was aber stellt Henri Morgenthau in seinem Bericht über die Lage in Polen fest? „Daß die Exzesse nicht systematisch organisiert waren, gehe aus der geringen Zahl von 280 Todesopfern hervor.“ Also man sieht, mit lügenhafter Rührseligkeit wird nicht gespart, nur das eine versäumt dieses Gesindel natürlich hervorzuheben, daß es an seinem „Elend“ selbst schuld ist.

Auch die bereits ansässigen Juden bieten in Zeitschriften alles auf, um die Stimmung zugunsten der ostjüdischen Brüder zu beeinflussen. Einer der Hauptlanzenbrecher für die ostjüdische Sache ist der sattsam bekannte Chaskel Zwi Klötzel, der den Ostjuden eine besondere Nummer (Nr. 11/12) seiner „Neuen jüdischen Monatshefte“ widmet, und ihre völlige Harmlosigkeit darzutun sucht. Er tut dies aber auch nicht nur aus Liebe zu den Ostjuden, sondern, wie er sagt, dem „Antisemitismus gegenüber die jüdische Position zu verstärken“. Denn die deutschen Juden wissen sehr genau, daß seit langer Zeit ihre jüdische Existenz ausschließlich von der ostjüdischen Zuwanderung abhängt und der Bestand des deutschen Judentums ist eng an das hinreichende Zuströmen aus dem Osten als eine Grundbedingung geknüpft.“ Dazu müssen wir uns aber vergegenwärtigen, daß für uns Deutsche, so wie die Dinge heute liegen, die Verstärkung des Judentums eine Verminderung und Verflachung des deutschen Volkstums bedeutet. Und daran hat ja der Jude das größte Interesse, das ist ja sein Ziel, in uns die letzte moralische Kraft zu brechen. Und darum darf dem Zuzug aus dem Osten nichts in den Weg gelegt werden, und deshalb sucht Israel die öffentliche Meinung auch in diesem Sinne zu beeinflussen, ja, es scheut sich nicht, um seinen Willen durchzusetzen, offene und versteckte Drohungen zu gebrauchen. So droht Klötzel in dem genannten Heft einmal: „Wir möchten diese Leute (wie der Berliner Polizeipräsident Ernst, der bekanntlich eine Ostjudenrazzia veranstaltet hat! D. V.) darauf aufmerksam machen, daß sie ein gefährliches Spiel treiben. Denn wenn sie uns zwingen, das Problem ‚Ostjuden in Deutschland‘ in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, so wird es sich schnell zu einem Skandal auswachsen, der selbst in dieser an Skandalen so reichen Zeit Aufsehen erregen wird.“ Und später heißt es: „Was man gegen sie (die Ostjuden) unternehme, man wisse nur, daß wir es gegen uns getan fühlen, und daß wir, nicht nur als Juden, sondern auch als Deutsche (!!) vor allem, uns dagegen nach Kräften wehren werden.“ Daß mit der allmächtigen Entente, als dem stetig hilfsbereiten Schutzengel Alljudas, gedroht wird, ist selbstverständlich, glaubt man doch dadurch den Drohungen besonderen Nachdruck verleihen zu können. So schreibt Arnold Zweig in einem Aufsatz „Außenpolitik und Ostjudenfrage“: „Auf jede Äußerung der Deutschen Republik, die eine Gesinnung des jungen Staates ausspricht, wie auf jede seiner Teilstaaten, ist die europäische (wir können hinzufügen: asiatisch-semitische) Öffentlichkeit heute aufmerksam, denn von dieser Gesinnung hängt die Haltung ab, die sie gegen uns (die Deutschen!) einzunehmen gewillt ist, und von dieser Haltung der Weg, den wir durch diese fürchterliche Gegenwart gehen.“ Aber er wird noch deutlicher, damit ja jedes Mißverständnis ausgeschlossen sei, und sagt, daß „an sich unscheinbare Entschlüsse, etwa solche, die sich auf die in Deutschland lebenden Ostjuden beziehen, uns jetzt empfindlich und auf langehin schaden können. — Darum wehe dem Volk, das sich, ohne die große Achtung vor sich selbst, die man Selbstbeherrschung nennt, unter dem Schein einer sachlichen Maßregel, von der Wut und Verachtung hinreißen ließe, die man ihm, einem Schwächeren und Unbekannten gegenüber eingeflößt hat. So wird immer nach dem Maßstab gemessen werden, den man selbst anlegt, und alle die hohen Tugenden des deutschen Wesens, die wir hinter einer häßlichen anarchischen Oberfläche umbildend am Werke wissen, werden ihm nichts helfen. Der Fremde urteilt nach den Taten, die er sieht, und die ihm das Unsichtbare verdecken. — Der Fremde, der heute für Deutschland Europa (sprich: Alljuda!) heißt, und der Herr der Politik ist. Die Politik aber ist das Schicksal.“ Das heißt also nicht mehr und nicht weniger als: Wenn euch Deutschen euer Leben lieb ist, dann laßt die Ostjuden schalten und walten, wie sie wollen, jene Ostjuden, von denen Klötzel zu sagen wagt: „Wir wissen, daß diese Korruption (an der Grenze) es ist, welche den zuwandernden Ostjuden zum erstenmal Gelegenheit gibt, nein, sie direkt dazu zwingt, die deutschen Gesetze zu umgehen.“

Was uns nun bevorsteht, wenn wir den Zustrom nicht aufhalten, möge folgendes Beispiel aus der Bukowina veranschaulichen. Im Jahre 1850 betrug die Zahl der Juden in der Bukowina 14 581 bei 380 000 Gesamtköpfen; 1890 unter 646 500 Bewohnern 82 700 Juden und 1910 unter 800 000 Gesamtköpfen 102 900 Juden. Diese Zunahme, die die Juden weniger der schnellen Fortpflanzung als der Zuwanderung aus dem Osten verdankten, beträgt 605 Prozent, während die übrige Bevölkerung nur um 110 Prozent zunahm! Aus all dem geht mit erschreckender Deutlichkeit hervor, was uns bevorsteht, wenn wir nicht bald zur Selbsthilfe greifen. Die Gefahr für unser Volk kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Angst vor dem Feindbund darf uns nie und nimmer in unseren durchgreifenden Gegenmaßregeln beeinflussen, denn eine schlimmere Behandlung als bisher kann uns von dieser Seite kaum mehr zuteil werden. Für uns handelt es sich darum, soll Deutschland deutsch bleiben oder ein Weideplatz für die semitischen Nomaden werden, den sie, wie immer, nur als Wüste verlassen werden.

„Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.“ (Goethe.)

A. M.

Die einfache Lösung der nationalen Lebensfrage.

„. . . Gott hat auch unsichtbare geistige Wesen in großer „Zahl erschaffen und sie mit vorzüglichen Gaben ausgestattet. „Wir nennen sie Engel.

„Alle waren anfangs gut und glücklich.

„Es geschah aber, daß viele Engel hoffärtig wurden „und Gott nicht mehr gehorchen wollten. Da „erhob sich ein großer Streit im Himmel. Michael und „die guten Engel stritten gegen die bösen Engel.

„Die bösen Engel wurden überwunden und vom Him„mel in die Hölle hinabgestürzt. Der Oberste der „bösen Engel heißt Satan oder Teufel. Jene Engel, welche „treu geblieben sind, hat Gott mit der ewigen Seligkeit „belohnt. Sie schauen immerfort das Angesicht des himm„lischen Vaters.“ — — —

So steht's geschrieben in meiner biblischen Geschichte, in derselben biblischen Geschichte, die jeder von uns einmal in Händen gehabt hat, vom einfachsten Taglöhner bis zum Volksminister.

Aber das Volk versteht die „Nutzanwendung“ nicht daraus zu ziehen!

Hinaus aus dem Staat mit den Geistern der Verneinung! Wo Ordnung sein soll, muß Ruhe herrschen! Das ist die erste Bedingung. Selbst unser Herrgott hat kein anderes Mittel gehabt, als: hinaus mit dem Neinsager, der überall nur den Keil dazwischenschiebt. Wir können uns auf den Kopf stellen — wir kriegen keine Ordnung und keine Ruhe im Deutschen Reich, bis wir nicht diese Grundwahrheiten einsehen lernen und nach diesem Rezepte handeln. Hinaus damit, hinaus mit allem, was das Chaos will!!

H. B.

Die Seele der Gaunerei.

Die Mitteilungen des Verbandes Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede melden aus Waldshut: Wegen Goldschmuggels hatten sich der galizische Handelsmann Isidor Hackel und die Familie des Stabhalters Maier in Herbern zu verantworten. Maier hatte mit seinem Sohne und seiner Tochter schon über 28 000 M. in Gold in die Schweiz gebracht, als er ertappt wurde. Er und sein Sohn erhielten je 4 Monatag Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, die Tochter 2 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe. Hackel, die Seele des Schmuggels, erhielt 7 Monate Gefängnis und 41 643 M. Geldstrafe. —

Seinen „Verdienst“ hat er demnach doch beiseite zu bringen verstanden. Man erinnere sich dessen, was unser Mitarbeiter Herr Chr. H. Meyer über die Juden als Anstifter, Leiter und Hehler jeder Gaunerei in Nr. 58 und 60 des „Völkischen Beobachters“ sagt.

In der „Münchner Post“ versteigt sich K. Hönig zu folgenden Sätzen:

„Deutsche, wirklich völkische Kultur, die materielle und geistige, ist gemeinsam errungenes Gut; der Protestant, der Katholik, der Israelit, der Monist, sogar der Atheist haben ihre Kraft zur Verfügung gestellt. Wir haben kein Recht, dieses gemeinsam geschaffene Nationalheiligtum zu sondieren und es fein säuberlich auf Schüsselchen verteilt der heranwachsenden Generation vorzusetzen. Das werdende Volk muß aus diesem einheitlichen Kulturgute herauswachsen, dann bekommt der Rütli-Schwur in seinen drei Formeln endlich Geltung. Nur durch Simultanisierung werden wir ein einiges, freies, frommes Volk.“

Hönig scheint also unter Kultur, zu der auch der „Israelit seine Kraft zur Verfügung stellt“, den jüdischen Kapitalismus, den jüdischen Klassenhaß, die jüdische Bankenexpansion, den jüdischen Gauner- und Wuchergeist zu verstehen. Darum sind wir auch einig durch jüdische Verhetzung, frei in jüdischer Knechtschaft, fromm durch jüdische Sittenverseuchung.

Volk und Staat.

Der Halbjude Dr. Petersen von der demokratischen Partei sagte am 2. Juli im Reichstag: „Wir kennen nur ein deutsches Staatsbürgertum.“ Ähnlich drückt sich auch der Demokrat Professor Walter Goetz auf der Bürgerratstagung aus. Ohne mit den Herren weiter streiten zu wollen, stellen wir fest, daß da eben das grundlegende Nichtverstehen des Wesentlichen liegt: Für das innerlich verbundene Volk den nur äußerlich-rechtlich gefaßten Staat zu setzen. Einen Staat, der nicht die natürliche Gestalt des Volkes ist, lehnen wir ab. Ein Staat, der nicht die Gemeinschaft der Volksgenossen ist, ist eine Lüge. Juden aber sind keine Volksgenossen, und wir gestatten nicht, daß sie sich über das Staatsbürgertum in das Volkstum hineingaunern. 1914 hieß es: Wir kennen nur noch Deutsche. Aber 1920 sagt man lieber: „Staatsbürger“.

In nächster Nummer 68 bringen wir!

„Völkische Politik"

„Weg des Beobachters"

Wir machen darauf aufmerksam, daß Nr. 68 eine Sonderausgabe aus Anlaß der Gründung des Bundes der Beobachterfreuude ist.

Deutsche Arbeit von Grund aus auch im Recht.

Gründlichkeit wird als ein besonderes Kennzeichen deutschen Wesens gerühmt. Wir können uns jetzt dieser Gründlichkeit, recht betrachtet, nicht mehr rühmen. Alles geschieht obenhin. Improvisationen durchweg, Augenblicksforderungen, Betrachtung der Lage aus irgendeinem Gesichtswinkel, aber nicht von oben, nicht von allen Seiten, und kein Durchdringen! So meint denn auch der Durchschnitt, daß nun alles neu sei im Staate, nur, weil wir eine neue Verfassung haben. Daß diese friedlich auf den alten Gesetzen ruht, daran denken wenige. Noch geringer aber an Zahl sind diejenigen, welche daraus ihre Schlüsse ziehen. Es ist aber doch klar: wenn der jetzige deutsche Staat z. B. seine Finanzgewalt ausübt, muß er auf das alte Recht zurückgreifen, d. h. er läßt etwa nach geltendem bürgerlichen Rechte eine Pfändung vornehmen. Wenn er sein Recht auf Grundbesitz und sonstige Wirtschaftsgüter geltend macht, ist das gleiche der Fall. Wenn der Staat den Weg der Privatklage beschreiten muß oder selbst verklagt wird, muß der Prozeß nach dem alten, noch bestehenden Recht geführt werden usw. Die Verfassung ruht also auf dem alten Recht, ist ohne dieses ein Stück Papier, nicht mehr. Ja alles, was dem öffentlichen Rechte angehört, auch alles, was da jetzt neu hinzukommt, muß sich mit dem noch bestehenden Bürgerlichen Gesetzbuch, bürgerlichen Prozeßrecht, Handels- und Wechselrecht usw. irgendwie absinden, kann diese Rechte keinesfalls beiseiteschieben oder umgehen. Freilich, wenn diese aus unserer monarchisch-konstitutionellen Zeit stammenden Gesetze gut, vorallem, wenn sie deutsch wären, dann könnten wir ja am Ende sagen: Gott sei Dank, die alten Gesetze gelten noch. Aber dem ist nicht so: Sie waren **nicht gut**. Denn sie ermöglichten und schützten eben unsere unselige Geld-, Zins- und Kreditwirtschaft. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist in erster Linie ein Händlerrecht und bietet z. B. einem gewiegten Geldmann tausend Handhaben, sich zum Schaden des werktätigen Volkes fortgesetzt zu bereichern und ihm unbequeme Rechtsbestimmungen und Verträge schlau zu umgehen. Unser Bürgerliches Gesetzbuch ist aber v. a. auch **nicht deutsch**. Es ist in der Hauptsache römisches Recht, wie dieses als sogen. Gelehrtenrecht allmählich in Deutschland Wurzel gefaßt und das deutsche Recht nach und nach verdrängt hat. Vom Standpunkt des geschulten Juristen freilich ist es kein schlechtes Recht und wird auch nicht mehr als fremdes empfunden. Denn es ist ein Recht, an welchem seit dem frühesten Mittelalter Generationen um Generationen von Gelehrten gearbeitet, gefeilt, gemodelt haben, um es zur höchstmöglichen Vollendung zu bringen. Und so, wie es diese Gelehrten aus dem Kodex des byzantinischen Kaisers Justinian übernommen haben, war es bereits ein Kunstwerk an Scharfsinn, Klarheit und Planmäßigkeit des Aufbaues. Denn die Römer waren zwar keine großen Künstler, Dichter und Denker, aber um so größere Landwirte und Kaufleute, Juristen und Staatsmänner. Letzten Endes geht das römische Recht auf das Zwölftafelgesetz der ältesten Zeit Roms und auf das altgriechische Recht zurück. Doch von diesen alten Rechten ist wenig geblieben. Das römische Gelehrtenrecht aber, wie es im Laufe der Jahrhunderte besonders in Deutschland — andere Völker waren nur die Nutznießer deutschen Forscherfleißes — weiter ausgebaut worden ist, nannte man das Pandektenrecht oder Korpus juris. Das deutsche Recht war als ursprüngliches Volksrecht ungeschrieben. Es wurde von Gau zu Gau ausgebaut und mündlich überliefert. Die Asegen, Eosagen oder die Rechtsweiser, auch Fürsprecher, mußten dieses Recht kennen und der Volksversammlung eines jeden Gaues alljährlich am Maithing vortragen. So kannte jeder Deutsche sein Recht. Später hat man dieses Recht in den einzelnen Ländern niedergeschrieben (kodifiziert). So entstanden die Gesetzbücher des salischen Rechtes, des Sachsen-, des Schwabenspiegels, das bayerische Recht und die zahllosen Stadtrechte. Da erstarrte das deutsche Recht. Diesem gegenüber war jetzt das römische Recht als Pandektenrecht das freiere, fortbildungsfähigere, zunächst dazu bestimmt, die Lücken im deutschen Rechte auszufüllen. Das heißt, es hatte nur „subsidiäre" Geltung. Aber es paßte sich den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen (auch den staatlichen!) geschmeidig und zweckdienlich an und verdrängte so nach und nach das deutsche Recht — nicht ohne Kampf zwar, aber stets siegreich. Der Bauernkrieg war wohl der letzte große Kampf des deutschen Bauern um sein gutes, altes Recht, das heimlicherweise (in der heiligen, geheimen Feme) immer noch sich zu behaupten suchte, bis auch die letzten Femrichter weichen mußten, als sie an der Kaisergewalt keine Stütze mehr hatten. Der Handel war längst aus dem Binnenhandel zum Außenhandel v. a. mit dem handelsmächtigen Freistaat Venedig übergegangen. Die Agrarwirtschaft war für die Wirtschaftsverhältnisse der großen freien Städte nicht mehr maßgebend. Die Geldwirtschaft, das zinstragende Kapital kam auf und fand im römischen Rechte den besten Schutz. Auch der Jude zeigte jetzt seine geheimen Künste. Seine Wuchergeschäfte blühten. Durch diesen kam auch jüdisches Recht zur Geltung, wie ja das Wechselrecht und wohl auch das Handelsrecht, welche Rechte allerdings erst sehr spät als eigene Materien behandelt und schriftlich niedergelegt wurden, z. T. im jüdischen Rechte wurzeln. Der Jude hatte außer seinen Wuchergeschäften in dem von ihm organisierten deutschen Gaunertum, zu welchem er selbst seine Leute stellte, die ergiebigste Geldquelle, so daß ihm ein gelegentlicher Aderlaß wenig schaden konnte. War also das römische Recht der beste Schutz der Geldwirtschaft, so mußte dieses auch der beste Schutz des jüdischen Geldgebers selbst sein. Ja schließlich kam der Jude mit Hilfe des römischen Rechtes und des zur Geltung gekommenen römischen Staatsbürgerbegriffes zu dem Ziele seiner endlichen Emanzipation, welches ihm ja stets vorschwebte. Einmal emanzipiert vermochte er erst von dem nunmehr siegreich durchgedrungenen römischen Händlerrecht den ihm dienlichen Gebrauch zu machen. Deshalb muß das deutsche Volk ehemöglichst dieses römische Recht beseitigen und wieder deutsches Recht an seine Stelle setzen. Das Recht muß von Grund aus umgebaut, neu geschaffen werden, das private wie das öffentliche. Denn auch die jetzige Verfassung atmet römisch-jüdischen Geist, ist durch und durch undeutsch. Wollte man sich nur mit der Durchsetzung einzelner Gesetzesforderungen begnügen, so wäre diese Halbheit gleichbedeutend mit der Erfolglosigkeit aller Bemühungen. Ein allgemeines Zinsverbot z. B. würde mit Hilfe des geltenden bürgerlichen Rechtes ebenso umgangen werden können wie etwa das Wuchergesetz umgangen worden ist. Denn schon der Umstand, daß jedes schriftliche Schuldbekenntnis ohne Rechtstitel klagbar ist, gibt Handhaben genug. Dazu kommt der Unfug der Provision, u. v. a. m., um das zu erreichen, was man will. Auch ein mit dem Zinsverbot verbundene Neugestaltung des Geldverkehres und des Geldes selbst würde noch nicht genügen. Diese Maßnahmen sind in erster Linie solche der Abwehr oder doch aus diesem Bedürfnisse entstanden. Es handelt sich aber darum, den Geist des herrschenden Rechtes selbst durch eine ganz neue, rein deutsche Rechtsordnung zu beseitigen und zu ersetzen. Dieses aber kann nur geschehen, wenn wir im Anschluß an ältestes Germanenrecht, wie dies z. B. in der Edda u. v. a. O. niedergelegt ist, **aus unserer deutschen Wesenheit heraus** zunächst ein **Sippen- und Eherecht** und erst auf dieser Grundlage das gesamte übrige Recht organisch, wie es die Natur, die Vernunft, deutsches Denken und deutsches Gemüt verlangen, aufbauen. Zu diesem Ende müssen sich alle völkischen Vereine und Bünde zusammenschließen und den Entwurf des deutschen Rechtes der Zukunft durchberaten, wie er ihnen vorgelegt wird. Denn nur aus dem gesamten Deutschtum selbst kann dieses Recht hervorgehen. H. M.

Werft gelesene „Beobachter" nicht fort, sondern gebt sie zum Lesen weiter!

Wirtschaftssorgen

(Preisabbau, Wucherbekämpfung)

Jedes Ding hat bekanntlich mindestens zwei Seiten. Man erinnert sich noch, daß die Regierung Kahr einmal einige Schlemmerlokale schloß. Die Angestellten dieser Lokale wurden dadurch arbeitslos, und der Betrieb wurde wieder aufgenommen. Das große Publikum bei uns verlangt statt Kunsthonig und Marmelade Zucker; wird dieses Verlangen erfüllt, werden die Arbeiter und Angestellten der betreffenden Fabrikationszweige arbeitslos. — Der Münchener Stadtrat hat beschlossen, zu den jetzigen Preisen kein Vieh anzunehmen; schon rühren sich die Metzgergehilfen und weisen auf die schlimmen Folgen des Fleischabnehmerstreiks hin, der die schon bestehende Arbeitslosigkeit im Metzgergewerbe nur noch vermehre. Wir müssen unbedingt danach trachten, las ich in der „Münchener Zeitung", endlich die Ausgabenmehrung durch die Tat zu hemmen und alle überflüssigen Ämter, Ämtchen und Stellen zu beseitigen; was aber mit den dadurch arbeitslos Gewordenen anfangen, wo sie unterbringen? Man hat dem Publikum vielfach gepredigt: Kauft nichts zu den teuren Preisen, die Waren werden dann billiger. Seit Wochen befolgt das Publikum diesen Rat, und man spricht von einem Käuferstreik. Heute wird nun schon beweglich darüber geklagt, daß dieser Käuferstreik uns wirtschaftlich ruiniere. Vom Preisabbau schreibt und spricht alle Welt. Im Landtag wird ein allgemeiner Preisabbau verlangt und von der Regierung dieses Verlangen unterstützt. Die Bayer. Landespreisstelle stellt als Leitsatz auf: Weitere Preiserhöhungen sind grundsätzlich seitens der amtlichen Stellen nicht mehr zu gestatten. Wer den Glauben hegt, daß zwangsweise ein wesentlicher Preisabbau ohne Schädigung der Produktion möglich sei, gibt sich einer gefährlichen Selbsttäuschung hin. Allenthalben, in den Zeitungen und bei den amtlichen Stellen, wird nie die **Hauptursache** der hohen Preise erörtert. Entweder hat man nicht hinreichende Kenntnisse in den Gesetzen der Volkswirtschaftslehre (was indes nicht sehr wahrscheinlich ist) oder man **will** diese Hauptursache **nicht** weiteren Kreisen klarlegen. Nun die Hauptursache ist der riesige Umlauf in falschem Geld (68 Milliarden sollen es jetzt sein). Die Hauptschuld trägt die Reichsbankaktiengesellschaft, die mit Unterstützung des Staates sich der verbrecherischen Überschwemmung der Wirtschaft mit Papierwischen, die zwangsweise als Geld gelten, schuldig machen kann. Warenpreise stehen zur Höhe des umlaufenden Geldes und zur Menge der vorhandenen Waren in einem klaren, rechnerischen Verhältnis. Unsere amtlichen, verantwortlichen Stellen scheinen diese Wahrheit nicht gerne zu hören. Um das Publikum vor falschen Hoffnungen zu wahren, muß es ausgesprochen werden, daß **ein wesentlicher Preisabbau ganz unmöglich ist**, solange der Geldumlauf so groß und die Warenvorräte so klein sind. Sache der Regierung müßte es darum sein, jede Maßregel, jedes Tun und jedes Lassen darauf zu prüfen, wie dadurch die Warenproduktion gehemmt oder gefördert wird. **Förderung der Produktion** muß die **Richtlinie** sein. Außerdem sollte man sich (was indes unsere Regierung zu tun sich nie getrauen wird) an die **Aktionäre der Reichsbank** halten und deren **gesamten Besitz** konfiszieren. Der könnte dann als Deckung für die von ihnen ausgegebenen Papierwische dienen. Rechtliche Bedenken lassen sich mit Hinweis auf das fortgesetzte Verbrechen der Geldfälschung durch die Reichsbank zerstreuen. Ist für die Papierwische wieder, wenn auch nur eine teilweise, reelle Deckung vorhanden, dann wird auch das Vertrauen (Kredit) in diese Anweisungen zunehmen und die Valuta sich bessern. —

Ein Wort noch zur Bekämpfung des Wucher- und Schieberunwesens. Seit Jahren hören wir vom ernsten Willen der Regierung, diese Übel auszurotten. Auch jetzt in den ersten Sitzungen des Landtags hat man wieder vom Ministerium große Worte vernommen. Der unabh. Soz. Blumtritt glaubt nicht an den Kampf gegen den Wucher; nur **Worte** seien es, die die Hilflosigkeit der Staatsautorität verdecken sollen. Nun, auch ich glaube nicht an den ernst-

Schauspiele und Musik.

Würzburger Konservatorium.

Hofrat Meyer-Olbersleben, Direktor des Würzburger Konservatoriums, wird demnächst in den Ruhestand versetzt als Universitätsprofessor honoris causa. Es besteht nunmehr die Gefahr, daß die freiwerdende Stelle jüdisch besetzt werden könnte. Ein Herr **Darmstadt** soll sehr geneigt sein, die Befähigung dazu nachzuweisen durch Übernahme der Leitung des **Beethoven-Festes** in Würzburg. Wohl unter den Fittichen einer dort sehr bekannten und „rührigen" Th. Schw. vom Vorstand des Vereins für Volkskonzerte? Wir erwarten aber von dem betreffenden Referenten im Ministerium des Innern, daß er für diese Stelle einen Deutschen finden wird. Die Würzburger wollen sich ihre Kunststätte nicht verjübeln lassen.

Lilly — der Scheidungsgrund. Operettenschwank von Ignaz Brantl. Musik von Theo Rupprecht. Uraufführung im Neuen Operettentheater.

Das Neue Operettentheater ist in seinem ewigen Hin- und Hergondeln zwischen den noch immer nicht festgesteckten Zielen wieder einmal bei der Operette angelangt und hat ein neues Werk von dem schaffensfreudigen Theo Rupprecht herausgebracht. Die Musik ist wie immer bei diesem Komponisten gut und läßt sich leicht merken, aber unbegreiflich ist, wie er einen solchen minderwertigen Text, der nur ein Sammelsurium von aneinandergeklebten Szenen ist und dem dramatischen Vorwurf in keiner Weise gerecht wird, übernehmen konnte. Die Handlung ist auch hier Nebensache, eine Menge eingeschobener Couplets und Tanzszenen, die ohne Zusammenhang mit der Sache stehen, machen das Werk unerträglich. Die Wiedergabe war eine den zur Verfügung stehenden Kräften entsprechende. Die männlichen Mitwirkenden sind entweder keine Sänger oder Anfänger, die sich auf der Bühne noch nicht bewegen können, von den Damen ist nur Lilly von Daring in den gesanglichen Leistungen hervorzuheben, da sie wenigstens Ansätze richtigen Singens bietet und auch ein Spieltalent zu besitzen scheint. Jedenfalls ist sie aber zu früh auf die Bühne gebracht worden. Die Aufführungen im Neuen Operettentheater machen immer den Eindruck eines unleugbar ehrlichen Wollens, dem aber die fachgemäße Leitung in der Wahl der Stücke und in deren dramatischer Ausarbeitung fehlt.

Otto Keller.

Die geschiedene Frau. Operette von Viktor Leon, Musik von Leo Fall. Aufführung im Münchner Lustspieltheater.

Was das Fehlen einer einzigen, alles um sich belebenden Kraft für eine Bühne bedeutet, hat man bei der Aufführung der Operette „Die geschiedene Frau" durch die Olfersche Operettengesellschaft gesehen und gehört. Es war die zweite Besetzung, Mizzi Parla fehlte, und ihre Stellvertreterin, Wally Heller (übrigens eine Jüdin vom reinsten Wasser), reicht an sie weder im Spiel noch im Gesang heran. Dadurch fiel die ganze Wiedergabe ledern und lähmend aus. Zudem ist der Text der Operette wieder eine Arbeit, die nur durch das Überwinden der zahllosen toten Punkte, namentlich im zweiten und ganz besonders im dritten Akte, einigermaßen erträglich gemacht werden kann. Dies gelang aber weder dem Fräulein Heller, noch der Trägerin der Titelrolle, Fräulein Anny Schneider, deren Stimme übrigens ermüdet klingt. Die Musik von Fall ist auch nicht besonders glücklich erdacht, ein einziger sogenannter Schlager geht durch die ganze Operette, die kaum zu den besten Arbeiten des Komponisten zählt.

Otto Keller.

Neue deutsche Hymne. Männerchor mit Orchesterbegleitung, gedichtet und verfaßt von **Joseph Holzmann**. Im Selbstverlag des Verfassers in Nürnberg, Badstr. 4/0.

Hier liegt eine ehrlich deutsch erdachte und musikalisch gut durchgeführte Arbeit vor, die man mit bestem Gewissen empfehlen kann. Gesanglich bereitet sie wenig Schwierigkeiten, über die orchestrale Bearbeitung kann ich kein Urteil abgeben, da mir nur der Klavierauszug vorliegt, aber es spricht schon aus dem Klaviersatz ein guter Musiker, so ist zu hoffen, daß die „Neue deutsche Hymne" recht bald in Männergesangvereinen erklingen wird.

Otto Keller.

Film.

Kritik.

Die silberne Fessel. (Zur Aufführung in den Rathauslichtspielen, München.) „Ein Filmspiel von Leidenschaft und Treue", nennt sich dieser Film. Das ist etwas reichlich hochtrabend. Zwar ist der Film technisch und darstellerisch gut durchgeführt und ragt über den üblichen Durchschnitt hinaus, aber wirklich starke Leidenschaft atmet er nur in seltenen Momenten. Die fesselndste und bei weitem beste darstellerische Leistung ist der Narr, den Meinhard Maur glänzend durchführt. Leontine Kühnberg, die die Hauptrolle spielt, hat gute Fähigkeiten, in einzelnen Momenten war sie sehr gut. (Sie spielt demnächst in den „Jüdischen Milieufilmen" der Neos-Ges., Berlin, die Hauptrollen. Woraus dann die Deutschen wieder ersehen mögen, daß die Juden sich weiter gar nicht mehr genieren, dem Publikum ganz offiziell jüdische Filme vorzusetzen. Folge: Einzelne Deutsche werden sich empören und dagegen schimpfen, aber natürlich nichts dagegen tun. Merkt endlich, daß hier eine Gegenorganisation nötig ist!)

•

Im gleichen Programm läuft dann noch die Meßter-Sonderausgabe 28, die die

Verhandlungen in Spaa zeigt. Es ist die einzige authentische Aufnahme, die in Spaa gemacht wurde. Das seltsamste dabei ist, daß sie Deutschen gelang, während französische und amerikanische Operateure unverrichteter Sache abgezogen sind. Allerdings hat der deutsche Operateur Sander, dem die Aufnahmen gelangen, reichlich viele Schwierigkeiten sehr geschickt überwunden. (So rief er z. B. den Ententeleuten zu: „Bitte, eine Aufnahme für Newyork", während er den Deutschen gegenüber das Visier öffnete.) Diese paar Hundert wohlgelungenen Meter Film sind nicht nur wegen ihrer Aktualität sehr interessant, sondern haben auch eine gewisse geschichtliche Bedeutung.

J. O. H.

•

haften Willen der Regierung. Wenn der Bericht im „Beobachter" richtig ist, wonach in Bamberg der zu mehreren Wochen Gefängnis (wegen Schieberei) verurteilte Jude Sam. Rosenfelder auf dem Gnadenwege Bewährungsfrist erhielt, dann ist es eine starke Zumutung, an einen ernsthaften Willen der Behörden glauben zu sollen. Ohne den Galgen wird man das Gesindel nicht los. So denkt wenigstens alles anständige Publikum. H. S.

Die Verhältnisse, die der Verfasser obigen Artikels darlegt, dürften aufs neue beweisen, wie wichtig es ist und wie eilig, daß zunächst einmal das Volk seine ihm verfassungsmäßig zustehende Macht benützt in dem Sinne unsres Leitartikels. Bezüglich der Hinweise auf unsre vollständig falsche und betrügerische Geldwirtschaft erinnern wir an unsre Ausführungen über das Problem der Brechung der Zinsknechtschaft. Die Schriftltg.

Rechtsparteien und deutsches Volkstum.

vom Kgl. Landrat von Hertzberg-Berlin.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" vom 30. Mai d. J. (vgl. „Deutsche Zeitung" Nr. 253, Beilage vom 9. Juni) hat der Hauptvorstand der Deutschen Volkspartei vertraulich den Standpunkt der Partei zur Judenfrage dahin festgelegt, **die Partei trage keinen antisemitischen Charakter.** Befragt, warum dieser vertrauliche Beschluß geheim gehalten werde, soll Herr Dr. Stresemann erklärt haben, der taktische Augenblick für die Veröffentlichung sei noch nicht gegeben; doch werde die Bekanntgabe sehr erleichtert werden, wenn die deutschen Juden sich öffentlich zur Partei bekennten, wenn sie in besonderer Entschließung sich von den mit den Linksparteien zusammengehenden Juden lossagen würden.

In Kenntnis dieser parteiamtlichen Stellungnahme haben wohl viele deutsche Juden ihren Übertritt aus der Deutschdemokratischen zur Volkspartei vollzogen. Ob das der Partei zum Segen gereichen wird, bleibe vorläufig dahingestellt; wir glauben es nicht, und zwar um so weniger, als gerade führende Männer, wie Dr. Mittelmann und Schulrat Schepp im Wahlkampf sich ganz entschieden auf den deutschvölkischen Standpunkt gestellt haben, daß das Judentum der Feind des deutschen Volkstums ist.

Unklar ist auch heute noch der Standpunkt der Deutschnationalen Volkspartei in dieser Frage. Sie sagt in Nr. 11 ihrer Grundsätze über Volkstum:

> Nur ein starkes deutsches Volkstum, das Art und Wesen bewahrt und sich von fremdem Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staates sein. Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden.

Viele der Redner, die in der Wahlschlacht für diese Partei eintraten, haben sich zum Glück an diese doch recht eng umschriebenen Leitsätze nicht gehalten, sondern ebenso wie Dr. Mittelmann u. a. das Judentum offen als den eigentlichen Feind des deutschen Volkstums bezeichnet.

Nach Auffassung der deutschvölkischen Kreise hat die Partei ihren starken Zulauf fast ausschließlich der Aufklärung des Volkes über die deutschvölkischen Belange zu verdanken; und da berührt es diese Kreise eigenartig, daß in Berlin jetzt verbreitet wird, die Parteileitung sei der Ansicht, sie würde ohne die „Mitarbeit der deutschvölkischen Kreise" wohl 15 Sitze mehr erobert haben.

Noch erstaunlicher aber ist die **Kritik**, die Herr Dr. Ulrich Karstedt in Nr. 50 der „Eisernen Blätter" zu fällen beliebt.

Er geht davon aus, die Deutsche Volkspartei habe im Reichsdurchschnitt „bessere Geschäfte" gemacht als die Deutschnationalen; auch hätten diese an jene große Teile der „Intelligenz" verloren. Den Grund findet er darin, daß draußen im Lande die Redner zu scharf den Antisemitismus betont und dadurch die anständigen Elemente im Bürgertum, die es mit Reinlichkeit und Ordnung ernst nehmen, der Partei abspenstig gemacht hätten.

Wir glauben nicht fehlzugehen in der Annahme, daß die Schriftleitung der „Eisernen Blätter" diesen Aufsatz vor der Veröffentlichung nicht gelesen hat, daß sie jetzt selbst erschrocken ist, solche Ausführungen, die ein Schlag ins Gesicht aller Deutschvölkischen sind, gebracht zu haben, und wir dürfen wohl erwarten, daß die „Eisernen Blätter" von sich aus den Deutschvölkischen Genugtuung verschaffen.

Herr Dr. Karstedt meint weiter, Antisemitismus sei gut und nötig, aber was wir jetzt erlebt hätten an Bilderbogen (damit sollen wohl die Charakterköpfe der jüdischen Staatslenker Eisner, Hirsch, Gradnauer usw. getroffen werden) und Graulgeschichten (die Sünde wider das Blut, die Weisen von Zion), übersteige das erträgliche Maß. Die Partei dürfe die Deutschvölkischen nicht mehr so frei gewähren lassen wie bisher; die Grundsätze, die sehr verständig von der Zentrale aufgestellt seien, müßten auch im Lande besser Beachtung finden; die Ansicht, daß die Deutschvölkischen als eigene Gruppe in der Partei besonders berücksichtigt werden müßten, müsse mit allen Mitteln bekämpft werden.

Wir wollen mit Herrn Dr. Karstedt nicht rechten; ihm ist anscheinend der Geist, der in den deutschvölkischen Kreisen lebt, der sie zum Kampf für das deutsche Volkstum treibt, wesensfremd; wir möchten ihm nur raten, bevor er wieder zur Feder greift, sich zunächst ein Privatissimum durch die Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei geben zu lassen. Zur aufrichtigen Genugtuung aller Deutschvölkischen hat die Partei sich jetzt zu deren Auffassung bekannt; sie sagt in Nr. 3 eines Rundschreibens vom Mai d. J.: „**Wir halten es im Gegensatz zur D.V.P. für unsere Pflicht, beim Kampf für den deutschvölkischen Gedanken das Judentum offen als den eigentlichen Feind des deutschen Volkstums zu bezeichnen**", und in Nr. 6 Abs. 2, **die antisemitische Haltung sei der Partei Gewissenspflicht!**

Das ist ein freimütiges Bekenntnis zum deutschen Volkstum, so, wie es die Deutschvölkischen immer von der Partei zu hören wünschten. Und dieses Bekenntnis gibt den Deutschvölkischen die Gewißheit, daß die Ausstreuungen, nach Ansicht der Leitung habe der Partei die Hilfe der Deutschvölkischen geschadet, eine der beliebten jüdischen Irreführungen sind, gibt ihnen Grund zur Freude über die Anerkennung ihrer Leistung, zu der Erwartung, daß der deutschvölkische Geist immer mehr Einfluß auf die Partei und in ihr gewinnen wird.

Bund der Beobachterfreunde.

Das Versammlungslokal für die Gründungsversammlung ist der obere Saal, 1. Stock im katholischen Gesellenhaus (Kreuzbräu) Brunstraße 7.

Wie die Tagesordnung besagt, ist ein genossenschaftlicher Zusammenschluß beabsichtigt.

Durch völkische Genossenschaften ist in Ungarn die Judenherrschaft gebrochen worden (Bericht des Beobachters in Nr. 62 vom 8. Juli). Sollten wir denn nicht auf dem gleichen Wege dasselbe erreichen?

Es ist hohe Zeit, daß die Deutschvölkischen sich zu tatkräftigem Handeln zusammenschließen und darum **müssen** alle, die es wollen, in dieser Gründungsversammlung erscheinen. Keiner darf fehlen, dem die Zukunft des deutschen Volkes nicht gleichgiltig ist.

Im übrigen verweisen wir auf die Anzeige „Einladung zur Gründungsversammlung des Bundes der Beobachterfreunde".

Die Bodenreform im jüdischen Schlepptau.

Daß wir in Nummer 66 des „Völkischen Beobachters" auf die Gefahren hinwiesen, die der Bodenreform von jüdischer Seite drohen, war nur zu berechtigt. Denn Heft 11/12 der Bodenreform vom 20. Juni belehrt uns, welche innige Beziehungen zwischen Bodenreform und der deutsch-demokratischen Partei bestehen und es ist auffallend, mit welcher Regsamkeit diese Partei sich für die Durchführung eines so hohen Ziels betätigt. Es ist vonnöten, darauf hinzuweisen, daß es dieselben Kreise sind, die sich um das „Berliner Tageblatt" und die „Frankfurter Zeitung" gruppierend, ehemals gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung, gegen Wuchergesetze und Börsensteuer stimmten, ganz abgesehen von den Heeres-Flottenvorlagen. Woher nun dieser Umschwung? Bedenken wir, daß die Kreise, die in der deutsch-demokratischen Partei am maßgebendsten sind, sicher nichts fördern, was der Erreichung ihres Ziels im Wege steht oder dies gar dauernd unmöglich machte, wie dies bei der Bodenreform der Fall wäre. Wenn also diese Kreise sich so rückhaltslos dafür einsetzen, dann ist das ein Zeichen, daß ihnen die Bodenreform nicht mehr gefährlich erscheint, und das ist sehr bedenklich; denn das ist das sicherste Zeichen, daß über kurz oder lang die von deutschen Männern hervorgebrachten Ideen, der Bodenreform der „verwüstenden Razzierung" (Wahrmund) durch Juden anheimfallen. Zwar ist, wie der Abgeordnete Bahr in einer Berichtigung einer vom WTB. verbreiteten Nachricht sagt, in der demokratischen Partei auch Widerspruch gegen Damaschkes Kandidatur vorhanden, doch stamme er überwiegend aus Kreisen, welche die aus der Bodenreform drohenden Gefahren aus Unkenntnis überschätzen, meist auch politisch wohl durch Widerspruch gegen alles Neue, aber uns mag schon die Tatsache als Beweis für den Verjudungsprozeß, den die Bodenreform durchzumachen haben wird, genügen, daß z. B. im Wahlkampf in Ostbrandenburg die deutsch-demokratische Partei die ersten 5 Stellen ihrer Liste mit Bodenreformern besetzt hatte. Ferner ist es sehr bedenklich, wenn, wie ein Flugblatt der Hamburger Bodenreformer besagt, Herr Senator **Petersen** als Bodenreformer an erster Stelle der Wahlvorschlagsliste der deutsch-demokratischen Partei steht. Petersen ist nach eigener Aussage Jude. Ferner lesen wir auf derselben Liste Namen wie Büll, Rabel, Blinkmann, Märkeberg. Von den Sozialdemokraten kandidierte als Bodenreformer ein Aug. Hellmann.

Alles dies gibt uns Deutschvölkischen sehr zu denken und wir möchten allen Bodenreformern dringend nahelegen, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß von der Bodenreformbewegung alle jüdischen Einflüsse ferngehalten werden, wenn anders diese nicht letzten Endes im Sande verlaufen soll." A. M.

„Vorsicht."

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 60 den Artikel eines bisherigen Mitarbeiters, der sich in scharfer Weise gegen die völkische Monatsschrift „Die Lebensschule" und verschiedener darin angezeigter Schriften wendet, die als jüdische Frechheit, Überhebung und Spekulation bezeichnet werden. Durch den erst vor kurzem erfolgten Wechsel in der Schriftleitung und der damit verbunden gewesenen Störung hat der Artikel eines bisher zuverlässigen Mitarbeiters Aufnahme gefunden.

Zu unserer Freude können wir heute den Sachverhalt richtig stellen und mitteilen, daß die verkannten Schriften im Schaffer-Verlag, Karl Weißleder, Bergedorf, erscheinen, dessen völkischer Ruf unantastbar ist. Deshalb bedauern wir, daß wir irrtümlicherweise den betreffenden Artikel brachten. Wie sich der „Völk. Beobachter" zur Monatsschrift „Die Lebensschule" stellt, ist in einem Aufsatz vom 23. Erntings 1919, festgelegt: „Die ‚Lebensschule' ist nach wie vor wohl eine der besten völkischen Monatsschriften, die wir haben. Denn sie steht auf einer geistigen Höhe, welche nicht wird überflogen werden können, und sie greift zugleich so tief ins Leben ein, wie es mir immer die Stunde verlangt."

Der Schaffer-Verlag in Bergedorf bei Hamburg ist außerdem bereit, jedem unserer Leser kostenfrei das Maiheft der „Lebensschule" einzusenden, das in dieser Sache völlige Aufklärung gibt, und aus dem ehrlichen Wunsche heraus, in unsren völkischen Kreisen und Zielen Meinungsverwirrung zu verhindern, können wir unseren Lesern nur empfehlen, sich mit den Schriften aus diesem Verlag zu befassen, um sich selbst ein Urteil zu bilden über deren Wert.

Merk's!

Viele unserer Leser dürfte interessieren, in welch tiefempfundener Art die Vorkämpfer unserer gewaltigen Bewegung bereits vor Jahrzehnten ihrer innersten Überzeugung über die Feinde des deutschen Volksgeistes Ausdruck verliehen. So weisen die Bayreuther Blätter (16. Jahrgang 1893) auf die Ausführungen des Pastors von Bodelschwingh in der damaligen „Neuen Westfälischen Volkszeitung" hin:

„Wenn man unter Semitismus diejenige Macht versteht, welche unter Wegwerfung jeglichen Glaubens und jeglicher Moral, auf dem Boden des nacktesten Materialismus stehend, die Emanzipation des Fleisches predigt, alles beschmutzt, was einem Christen — ja, was jedem edlen Menschen heilig sein muß, Thron und Altar gleichmäßig unterwühlt, nur um möglichst viel Geld zu verdienen, nicht etwa nur gewissenlos den Nächsten materiell zugrunde richten, sondern auch ihn sittlich verdirbt, so ist es klar, daß der Kampf gegen diese Weltmacht heilige Pflicht jedes Christen, ja, jedes Ehrenmannes ist! — Es ist völlig zugegeben, daß der Name sich nicht ganz mit der Tatsache deckt! Es sind leider eine ganze Menge von Christen in das schmachvolle Lager des Semitismus übergegangen, und diese sind für uns noch viel schlechter und verächtlicher als diejenigen, welche aus dem Volke Israel sich in den Dienst dieser alles Edle zerstörenden Weltmacht gestellt haben. — Immerhin ist es ja keinem Zweifel unterworfen, daß nach dem Zahlenverhältnis ganz unverhältnismäßig viele von diesen Leuten dem Volke Israel angehören, und es ist das schmerzlichste, daß gerade die jüdische Presse, die sich leider mit der liberalen so ziemlich deckt, sich nicht aufrafft, selbst Zeugnis abzulegen gegen die grundstürzenden und niedrigen Beweggründe, die diesen Semitismus treiben, an dem unser Vaterland zugrunde gehen wird, wenn er den Sieg behält! Als einen der edelsten Vorkämpfer gegen diesen Semitismus rechne ich Herrn Hofprediger Stöcker! — Als die Hetze gegen denselben begann, hatte ich dem Kronprinzen in einem sehr ausführlichen Schreiben dargelegt, daß, wenn die Fahne sinkt, die Stöcker erhoben hat zum Heil unseres deutschen Volkes gegen seine allergefährlichsten Feinde, auch die Stunde gekommen sei, wo der Hohenzollernthron falle. Der Kronprinz hat nachträglich mit mir über diesen Brief gesprochen und nicht mit einem einzigen leisen Worte zu erkennen gegeben, daß er diese meine Ansicht für unrichtig halte. Ich weiß gewiß, daß dieses edle Herz voll und ganz die tiefe Gemeinheit verabscheut hat, welche unter dem Namen Semitismus zusammengefaßt ist." — Von Bodelschwingh kann demnach — im Sinne unserer judensozialistischen Presse — als „Erzreaktionär" angesprochen werden. —r.

Was Bodelschwingh von der „liberalen" Presse sagt, gilt heute fast von der gesamten Presse in deutscher Sprache mit ganz geringen Ausnahmen. Außerdem ist anzumerken, daß nach unserer heutigen Erkenntnis das jüdische Wesen nicht nur materialistisch gegen Herkommen, Sitte und seelische Güter des Volkes arbeitet, sondern daß es versteht, **jeden** Gedanken sofort zu ergreifen und zu verfälschen. Damit ist seine verderbliche Wirkung noch viel tiefgreifender, geheimnisvoller und stärker geworden. Schriftleitung.

Meine Erlebnisse und Eindrücke.

Von Graf Nikolaus Esterhazy.

Budapest: Stephanum-Buchdruckerei A. G. 1920.

Der in jeder Weise vornehm ausgestattete Band schildert Verlauf und Auswirkung des **kommunistischen Experimentes** in Ungarn, sowie die Drangsale eines Patrioten und edlen Menschenfreundes aus den Schreckenstagen Béla Kun's und Samuelly's. Die Vorgänge von der systematischen Zermürbung der Front durch sozialistische Urlauber-Agitatoren aus den Hinterlandsgarnisonen bis zum katastrophalen Ausbruch der Revolution und der Lösung des Konfliktes im christlich-nationalen Gesundungsprozeß, (wofür das Land durch den internationalen Judenboykott bestraft wird) steigern sich wie Akte eines meisterlich aufgebauten Dramas. In fesselnden Bildern sind die Schicksale gepeinigter Menschen und ihr Widerstandskampf dargestellt. Durch die einseitige **Enteignung des Grundbesitzes** mußte **das Land erfahren**, was es heißt, in die Hände jüdischer Wucherer gefallen zu sein, welche die amtierende Regierungsgewalt erschlichen. Der abscheuliche **Vaterlandsverrat eines Karolyi**, der sich mit Haut und Haaren seinen jüdischen Helfern verschrieben, erregte selbst das Erstaunen und die Verachtung des französischen Franchet d' Esperay. Der **Agrarreform des Ackerbauministers Barna Buza**, die zum Studium im Wortlaut wiedergegeben, dem famosen Belgrader Waffenstillstandsabkommen und der Sezierung des ungarischen Leichnams durch Italien und Frankreich ist ein breiter Raum gewidmet. Im ferneren Verlauf wird auf Einzelheiten der **Kommunisation in Schloß und Dorf Csakovár** eingegangen. Profanierung von Heiligtümern, Raub von Kunstgegenständen, der Bekennertod des Pfarrherrn an der Telephonsäule, das herbe Leid einer Mutter, das Matyrium eines jungen Mädchens, rufen Entsetzen und Mitleid wach. Die Macht dieses „**praktischen Kommunismus des ärgsten jüdischen Raubgesindels**", aufgebaut auf Ungerechtigkeit, Wankelmut und Angst, mußte endlich scheitern am Widerstande einiger Beherzter. Und nun steigt einem Phönix gleich der Geist völkischer Besinnung, bekrönt mit der **Neuaufrichtung der christlichen Weltanschauung** aus der Asche. Der Verfasser richtet seine Mahnrufe an seine ausländischen Freunde. Sie mögen für Weiterverbreitung Sorge tragen. Die Internationale hat mit teuflischer Grausamkeit ein Volk, dessen Überlieferung Freiheit und Nationalstolz durchpulste, dem Bolschewismus in die Arme getrieben. Das Blut seiner Opfer kommen über sie! Das Buch ist eine Mahnung aber auch ein Wegweiser für alle Hörenden und Sehenden, die eines guten Willens sind, eines **guten** Willens, da aus dem völlig tendenzlosen Buch immer wieder sich herausschält, daß die jüdischen Treiber hinter allen Vorgängen in Ungarn stecken, die auf den Verderb des Landes abzielen.

Johannes Esterhammer.

Büchereinlauf.

Zeitschriften.

Auf Vorposten. Heft 3–6. Verlag „Auf Vorposten", Charlottenburg 4. Preis jährl. M. 18.—, Einzelheft M. 3.—

Der Ararat. Glossen, Skizzen und Notizen zur neuen Kunst. — Nr. 3. Goltzverlag München.

Aus der Bewegung.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.

Der Bericht über die Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes im Schwabingerbräu, in Nr. 66, wird von dem Diskussionsredner der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei, Herrn Körner, dahin richtiggestellt, daß er nicht im Auftrage seiner Parteileitung, sondern als Anhänger des Schutz- und Trutzbundes gesprochen habe. Er wollte seiner Sorge Ausdruck geben, daß der Schutz- und Trutzbund nach seiner Ansicht nicht schroff genug in der völkischen Bewegung vorgehe. Außerdem stellt Herr Körner fest, daß er den Ausdruck „Großkopfete" nicht gebraucht habe, auch weist er zurück, daß seine Ausführungen von jüdisch-sozialistischem Geist und Klassenkampf nur irgendwie diktiert gewesen seien.

Wir nehmen diese Feststellungen gerne auf, bemerken aber, daß wir damit die Sache für abgeschlossen halten und hoffen, daß die mißverständliche Auffassung unseres Berichterstatters nicht zum Anlaß genommen wird zu gegenseitiger Befehdung zwischen völkischen Verbänden.

Kleine Nachrichten.

Telephonteilnehmer. Die Telephon-Beitrags-Gesellschaft m. b. H. in München, Theresienstraße 30, versendet Postkarten, auf denen die Teilnehmer des Fernsprechnetzes die genannte Gesellschaft auffordern sollen, gegen einen Jahresbeitrag von 50 M. für jeden Haupt- und 10 M. für jeden Nebenanschluß die Kaution von 1000 M. bzw. 200 Mark für den Teilnehmer auf der Post zu hinterlegen. Der Bund der Telephonteilnehmer in Bayern, der dieser Gesellschaft völlig ferne steht, stellt zur Aufklärung fest, daß die nur mit angeblich 20000 M. gegründete Gesellschaft bis heute noch nicht handelsgerichtlich eingetragen war, daß nach Aussage des Geschäftsführers dieser Gesellschaft, Herrn Schön, Geldgeber oder Banken, die bereit seien, die für die Kaution erforderlichen Kapitalien vorzustrecken, noch nicht vorhanden sind, daß, falls sich solche finden sollten, es trotz der Behauptung auf den Postkarten noch lange nicht gesagt werden kann, wie hoch die Leistungen des Telephonteilnehmers für die Stellung der Kaution an seiner Statt sich belaufen werden. Bevor ein Telephonteilnehmer mit der genannten Gesellschaft in Verbindung treten will, müßte er sich unbedingt sachgemäße Auskünfte bei dem „Bund der Telephonteilnehmer in Bayern", München, Nymphenburgerstraße 166, kostenlos einholen. Es sei übrigens noch bemerkt, daß zwischen dem Bunde und dem Deutschen Sparkassenverbande Verhandlungen schweben, damit die Sparkassen den Telephonteilnehmern die Kaution gegen eine sehr mäßige Verzinsung zur Verfügung stellen. Die Telephonteilnehmer werden daher in allernächster Zeit über den Ausgang der Verhandlungen vom Bunde verständigt.

Münchener Freilicht-Passionsspiele Herzogpark. In den Samstag, den 24. und Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 3½ Uhr stattfindenden Erstaufführungen des Passionsspiels unter Leitung des Geheimen Hofrats Max Martersteig, wird der Christus von Franz Scharwenka dargestellt. Den Pilatus spielt Lothar Mayring, Claudia, seine Gemahlin Emma Berndt, den Erzengel Gabriel Maja Reubke, die Maria Anna Hilgenstock, die Magdalena Hedda Berger, den Judas Albert Hörrmann, den Kaiphas Konstantin Delcroix, die Pharisäer Sabot und Ella August Momber und Ernst Trautsch. Spielplan: Samstags und Sonntags, nachmittags 3½ Uhr, Freilicht-Passionsspiele im Herzogpark.

Wucherzeitung.

Wucher — ohne Ende.

Im Hause München, Rosental 7 befindet sich ein kleines Seifengeschäft in dessen Auslagefenster eine Tafel stand, auf der zu lesen war:

„Prima Kernseife M. 8,20."

Dieses Preisangebot veranlaßte den am Sebastiansplatz befindlichen Seifen- und Kerzenfabrikanten Linsenmayer zu der Aufforderung, diese Tafel mit dem Angebot unter dem Höchstpreis von M. 8.50 sei sofort zu entfernen und den Ladenbesitzer im Rosental zu veranlassen, die Kernseife um M. 8.50 zu verkaufen. Sollte er sich weigern der Aufforderung nachzukommen, so werde Fabrikant Linsenmayer ihn bei der Reichsstelle in Berlin zur Anzeige bringen, worauf die Entziehung der Seifenlieferung, bzw. die Boykottierung des Riesengeschäftes im Rosental 7 erfolgen würde. — Und da spricht man vom Abbau der Preise!

Mehl- und Getreidewucher.

Der Bäckermeister in der Nähe des Bahnhofes in Neufahrn bei Freising verkauft zurzeit an Münchner Hamsterer das Pfund Weizenmehl zum Preis von M. 4.—. Ab nächster Woche soll es schon M. 5.— kosten! Der Bäckermeister besitzt große Vorräte an Mehl und gibt an jedermann beliebige Gewichtsmengen ab. — Wie ist das möglich, bei der Rationierung von Brot und Getreide? An den Pranger mit dem Kerl.

Unterm Scheinwerfer.

Ein bayrisches „Monaco".

Kaum wurde in Bad Reichenhall die Kur eröffnet, fanden sich schon wieder die allerbegehrtesten Gäste ein. Juda natürlich allen voran. Schlimmer denn im Vorjahre wird in den dortigen Spielhöllen das Glücksspiel betrieben. Unerhört jedoch ist, daß nur auf französische Art und Weise gespielt wird, noch dazu in deutschen Landen auf deutschem Grund und Boden. Noch unglaublicher aber ist, daß in der Spielhölle „Thelfried" ausschließlich Belgier die Bankhalter sind. Auch Herr Jaffe, der frühere jüdische Rätefinanzminister, befindet sich in den Reihen der „führenden" Männer und spielt sein „Bakkarat" ebenso gut französisch wie seine „Genossen".

Trotzdem die Reichenhaller Behörden den Besuch der Spielhöllen nur Fremden gestattet, strömen trotzdem auch zahlreiche Einheimische, vorwiegend die Jugend, hinein, um sich von diesen Vampiren das Geld aus der Tasche locken zu lassen.

Sie mögen nicht.

Joseph M. Jurinek berichtet in der „Heimat" unter dem Titel „Bolschewismus in Triest":

„Die Triester sind nun, obwohl erlöst mit dem ‚Bebbe'" . . . (gemeint ist mit dem „Buckligen", der König von Italien ob seiner unscheinbaren Gestalt) nicht zufrieden. Sie träumen vom Wegzug der Italiener und der Errichtung eines kommunistischen Freistaates im Gebiet von Triest. Als charakteristisches Merkmal wird es in ganz Deutschland interessieren, daß in einem Arbeitssaal der Schiffswerft San Marco bei Triest in breitem Goldrahmen das Bild des in München füsilierten russischen Revolutionärs Leviné hängt."

Die Not der Juden.

Hoover, der Leiter der amerikanischen Hilfsaktion, der vor längerer Zeit in der „Berliner Illustrierten Zeitung" als Retter Europas gefeiert wurde, veranstaltete jüngst im Astor-Hotel zu Newyork für 2000 Personen ein Bankett. Der Abend war veranstaltet zugunsten des Millionenfonds für die jüdischen Notleidenden in Europa. Hoover schilderte seine Tätigkeit für die jüdische Hilfsarbeit in Europa und wies auf die Leiden der Juden hin, die nicht nur als Menschen, sondern besonders als Juden viel zu leiden haben. Der „Retter der Juden Europas" konnte an diesem Abend 1½ Mill. Dollars = 75 Mill. Mark sammeln. Es wäre interessant, nach welchen Gesichtspunkten Hoover das Geld verteilt. Der Jude das Geld, der Deutsche den Speck. Aber schon seit tausend Jahren fängt man Mäuse mit Speck. (Nach der „Neuen Post", Budapest, 28. Juni 1920.) G. B.

An den Pranger.

Die „Deutsche israelitische Zeitung" (Nr. 23) berichtet triumphierend, in Winnweiler (Pfalz) sei Herr Lehrer Rosenwald zum Bürgermeister gewählt worden, ein Beweis, in welch hoher Achtung er bei der meist katholischen Bevölkerung stehe. — Eine Gemeinde, die einen Juden zum Ortsvorsteher wählt, muß sich erst die Hörner verbrennen, bevor sie klug wird, und wir wünschen, daß dies bei diesen harmlosen Leuten recht bald eintreten möge. A. M.

Briefwechsel der Schriftleitung.

„Ein Deutscher", München. Wenn uns jemand eine Postkarte oder Brief ohne Namensunterschrift schickt und unterzeichnet: „Ein Deutscher", so sind wir sicher, daß der „Deutsche" ein Jude ist.

Völkischer Beobachter
ist regelmäßig u. bestimmt zu haben in Leipzig
beim
卐 **Deutschvölk. Zeitungsstand** 卐
Leipzig, Katharinenstraße 16.
— An Juden wird nicht verkauft! —

Fernruf Nr. 23272
Neurasthenie, Hysterie, Unlust, Einbildungen, Appetit- und Schlaflosigkeit, Angst und Schwächezust., sexuelle u. andere
Nervöse u. Gemüts-Leiden
werden durch bio-magnetische, Lichtsynth. seelische Behandlung mit seit Jahren bekannten Erfolgen beseitigt im
Inst. „Veritas", Liebigstr. 33 I
Halltest. Linie 8

Den Verkauf Ihres Anwesens
ganz gleich welcher Art und Größe
besorgt rasch, verschwiegen und bei höchstem Preiserfolg die besteingeführte
Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft Fischler & Co.
München · Tel. 51519 · Prielmayerstr. 10
Mäßige Provisionssätze! Geschulte Kräfte! Nur persönliche Bearbeitung eines jeden Auftrages! Ia Referenzen! Auf Wunsch sofort kostenfreier Besuch! Fachmännische Beratung kostenlos. Prospekt sofort!

Welcher Leser u. Freund des Beobachters
würde einen großen oder zwei kleine Räume, die sich als Büroräume eignen, zur Verfügung stellen? Nähe Bahnhof oder Zentrum erwünscht. Tausch ist b. Wohnungsamt angemeldet.

Das grundlegende Werk über den Wiederaufbau im deutsch-christlichen, völkischen Sinne, ist
Das kommende Reich
Von F. Schrönghamer-Heimdal
5. Tausend
Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg
Preis M. 7.— und 10 % Teuerungszuschlag
Dieses urgesunde Buch, wie Dietrich Eckart urteilt, hat als Wegführer durch seine grundlegenden Erkenntnisse dauernden Volkswert. Das Buch wird in der großen Presse geflissentlich totgeschwiegen und Buchhändler, die es in der Auslage führen, werden von gewissen Leuten bedroht.

Einladung zur Gründungsversammlung des Bundes der Beobachterfreunde

(Freunde des „Völkischen Beobachters")

Am Mittwoch, den 28. Juli 1920, abends 7 Uhr, findet in München die Gründungsversammlung des „Bundes der Beobachterfreunde" statt.
Versammlungslokal: **Katholisches Gesellschaftshaus (Kreuzbräu) Brunnstr. 7,** oberer Saal, 1. Stock.

Wir laden dazu alle Freunde des „Völkischen Beobachters" ein, jedoch ist **frühzeitige schriftliche Anmeldung** zur Teilnahme unbedingt erforderlich, damit die Vorbereitungen hiernach getroffen und Plätze bereitgestellt werden können.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Warum wir den Bund gründen. / 2. **Genossenschaftl. Zusammenschluß.** / 3. Die Arbeit des Bundes. Berichterstatter: F. X. Eder, Geschäftsführer des „Völk. Beobachters".

4. Was will der „Beobachter"? Berichterstatter: Bernh. Köhler, Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters". / 5. Wahl der Bundesleitung / 6. Beratung der Satzungen.

Diskussionsberechtigt sind alle Teilnehmer, die sich beim Eintritt entsprechend ausgewiesen haben. **Stimmberechtigt sind** allein die bis zur Gründungsversammlung aufgenommenen Mitglieder, wenn sie die Mitgliedkarte (mit Lichtbild) vorweisen. — Eintrittsgeld zur Deckung der Saalkosten 1 Mark für die Person. Die Mitglieder werden gebeten, Freunde des „Völkischen Beobachters" in möglichst großer Zahl mitzubringen. **Alle wahren Freunde des „Völkischen Beobachters" sind uns willkommen** und sollten an der Gründungsversammlung teilnehmen, da besonders der **genossenschaftliche Zusammenschluß,** der wohl die meisten Teilnehmer bestimmt zum Beitritt veranlassen wird, schriftlich nicht behandelt werden kann. — Unserem Bunde ist die Aufgabe zugedacht, Zweck und Ziel der deutschvölkischen Bewegung zu unterstützen, wie sie von vielen Deutschvölkischen schon seit langem erwartet wird. — Parteipolitische oder religiöse Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten werden nicht behandelt, und da wir nichts zu verbergen haben, soll Geheimniskrämerei dem Bunde fernbleiben. — Wer sich über den Zweck des Bundes unterrichten will, verlange von uns gegen Einsendung von 1 M. in Papiergeld oder Marken die vorläufigen Satzungen, Aufnahmegesuch usw., die in großen Zügen darüber Aufschluß geben.

Deutsche Männer, deutsche Frauen, die Ihr Euch unserem Werke widmen wollt, seid herzlich willkommen!

Bund der Beobachterfreunde, Geschäftsstelle München, Thierschstraße 15.